

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 4

Artikel: Protest gegen N-Bombe zur Sache und Unsache
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094085>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protest gegen N-Bombe zur Sache und Unsache

Die weltweite Kampagne gegen die Neutronenbombe, seit dem Sommer letzten Jahres in Gang gekommen oder in Gang gebracht, erhält laufend neue Akzente. In Washington haben sich Kongressabgeordnete und Persönlichkeiten von öffentlichem Gewicht der Verurteilung der neuen Strahlenwaffe durch den dort tagenden Weltfriedensrat angeschlossen. In den Niederlanden haben die Christdemokraten als grösste

Regierungspartei mit Zustimmung des Verteidigungsministers die N-Bombe abgelehnt. Und in den westlichen Hauptstädten ist ein Schreiben Breschnews eingetroffen, der vor ihrer Einführung warnt. Offensichtlich geht es gleichzeitig um zweierlei: um das neue Stück der nuklearen Rüstung selbst und um die Tatsache, dass es sich im amerikanischen Besitz befindet. Die Entrüstung ist wieder einmal selektiv.

Was macht die Neutronenbombe spezifisch aus, dass ihr eine so spezifische Verurteilung zuteil wird? Es handelt sich um eine sogenannte ER-Waffe («enhanced radiation weapon»), die sich von den schon als konventionell bezeichneten Kernwaffen dadurch unterscheidet, dass die Sprengkraft kleiner und die Strahlungskraft grösser ist. Die Verwüstungen durch Druck und Hitze beschränken sich auf einen kleinen Kreis. Grösser, aber bei weitem nicht so gross wie bei den herkömmlichen Nuklearexplosionen, ist der Kreis der tödlichen Neutronenstrahlung, die das Charakteristikum der neuen Waffe bildet. Dabei gibt es wichtige Besonderheiten: Der Schadenradius bleibt berechenbar und daher kontrollierbar. Die Neutronenwirkung ist äusserst intensiv, klingt aber rasch ab. Die «normalen» langlebigen Spaltprodukte werden nur noch in kleinem Umfang freigesetzt (der Sprengsatz wird sozusagen durch Kernspaltung gezündet). Was — fast und möglichst — vermieden wird, ist jene nachhaltige radioaktive Verseuchung, die sich überall ablagert und mit Luft und Wasser verlagert.

Entrüstung über die Waffe . . .

Soll die besondere Verdammenswürdigkeit der neuen Waffe — wohlvermerkt im Vergleich zu den A- und H-Bomben! — darin liegen, dass ihre Tötungsfunktion nicht über das Zielgebiet hinausgeht, dass sie nicht die weitere Umgebung zerstört, dass sie nicht unbestimmt viele Menschen in Mitleidenschaft zieht durch Verbrennungen und radioaktive Verseuchung? Ist eine Waffe um so anständiger, je blindwütiger sie wirkt?

Es mag fahrlässig sein, wenn ein Polizist den Gangster, der sich unter Passanten den Weg freischiess, mit gezielten Schüssen aus einem Präzisionsgewehr bekämpft. Aber es wäre aberwitzig,

es besser zu finden, wenn er Richtung Feind aus seiner MP Serienfeuer in die Menge streute. Und für alle jene, die da aus dem argumentativen Abseits triumphierend finden, der Vergleich basiere typisch auf der sattem bekannten Freund-Feind-Schablone (sind übrigens die Bullen wirklich Freundeschablone?): er funktioniert natürlich auch umgekehrt. Man übe Rollentausch und setze den amerikanischen Imperialismus als Gangster in die Strassenszene. Die Passanten würden garantiert auch in seiner Hand lieber einen Zielfernrohrkarabiner sehen als eine Automatenwaffe mit abgesägtem Lauf. Und entsprechendes gilt, wenn zwei Gangsterbanden miteinander kämpfen oder wenn — um das Argument mit einem Bild aus dem assoziativen Abseits zu komplettieren — die Kantonspolizei der Stadtpolizei in einer Viertelsgemeinde ein Feuergefecht liefert. Protestwürdiger als die zur Feindbekämpfung adäquate Waffe ist auf jeden Fall die inadäquate Waffe.

Während des Vietnamkrieges hatten die Amerikaner seinerzeit ein chemisches Kampfmittel entwickelt, das die Blätter der Bäume abtötete, so dass man der feindlichen Verbände darunter aus der Luft ansichtig werden konnte, um sie zu bekämpfen. Die Weltöffentlichkeit zeigte sich entrüstet über die Infamie, den Krieg gegen den Feind als Krieg gegen die Umwelt zu führen, und unter dem Druck der Proteste sah man denn auch von der Weiterverwendung dieses Kampfmittels ab. Nun haben die Amerikaner sozusagen ein Mittel zur intensiven Feindbekämpfung ohne Entlaubung der weiteren Umgebung entwickelt, und das nennt man nun erst recht ein Verbrechen.

. . . und ihre Klassenfeindlichkeit

Wie die Beschuldigungen gar aussehen können, wenn sie mit der Klassenkampflöge begründet

werden, zeigt eine weithin publizierte Deutung. Die Neutronenbombe, so besagt sie, sei eigentlich das folgerichtige Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, denn sie sei zielbewusst auf die Vernichtung von Menschenleben angelegt unter möglicher Schonung der materiellen Werte. Dies zur Umschreibung des Tatbestandes, dass die Neutronenbombe im Unterschied zu den andern Nuklearwaffen die Chance bietet, die Zivilbevölkerung möglichst wenig zu Schaden (und gegebenenfalls übrigens auch möglichst nicht ums Leben) kommen zu lassen!

Man sage nicht, dass seriöse Leute schliesslich auf keine ideologisierten Anwürfe einzutreten brauchten, deren Unsinn offenbar sei. Als Hitler die Kriegsverschöpfung von Weltjudentum und Plutokratie denunzierte, war das auch ein offener Unsinn, aber Mobilisierungskraft hatte es doch. Und schliesslich ist die Neutronenwaffe als «Bombe, die tötet, ohne zu zerstören», auch ausserhalb der bewussten Ideologisierung dämonisiert worden. («Sie zerstört nicht, aber sie tötet — durch Strahlen. Die Rede ist von der wohl fragwürdigsten Waffe, die der dämonische Erfindergeist des Atomzeitalters entwickelt hat: der Neutronenbombe mit der unschuldigen Bezeichnung W-70 MOD 3-Gefechtskopf.» Walter Lüthi im «Berner Tagblatt», 4. 8. 1977) Dabei ist es ein Kennzeichen der Neutronenbombe, dass sie gerade die langfristigen radioaktiven Strahlungsschäden mit unbestimmt grosser Tötungswirkung vermeidet.

Jahrzehntelang ist zum atomaren Wettrüsten gesagt worden, dass es zur Entwicklung von immer furchtbareren Waffen führe, deren Vernichtungspotential immer unübersichtlicher werde. Nun liegt eine Waffenentwicklung vor, die den umgekehrten Weg weist, und schon gilt das als um so schlimmer.

So hat es einen falschen Klang, wenn man die kapitalistische oder sonstige Unmoral der neuen Waffe anprangert, um so mehr als die Denunziation der wachsenden Vorräte an herkömmlichen A+H-Waffen, die weit schrecklicher sind, in der Öffentlichkeit so ziemlich verstummt ist. Sie lagern eben nicht nur im kapitalistischen Lager. Den Protest über die atomare Rüstung schlechthin (oder vielmehr auch bloss über die «Supermächte») überlässt man mit einem Achselzucken den Chinesen und konzentriert sich auf die Bekämpfung der friedlichen Nutzung von Atomenergie — sofern sie im Westen betrieben wird. Es macht die sittliche Entrüstung über die Neutronenbombe noch selektiver, dass sie so kontrapunktisch kommt.

Einladung zur Eskalation . . .

Das will nicht heissen, dass es gegen die Einführung der Neutronenbombe ins westliche Kriegspotential keine valableren Einwände gibt. Sie haben nicht mit dem spezifischen Schrecken der neuen Waffe «an sich» zu tun, sondern im Gegenteil mit der Gegebenheit ihres beschränkten und kalkulierbaren Vernichtungspotentials. Das

macht die Verwendung der Neutronenbombe als Antwort auf eine militärische Herausforderung dort möglich, wo man Hemmungen hätte, auf einen Angriff mit dem Einsatz von «klassischen» Nuklearwaffen zu antworten. Und damit werde, so heisst es, der erste Schritt zu einer Eskalation erleichtert, die zur Katastrophe eines ausgewachsenen Nuklearkrieges führe.

Tatsächlich kann die Neutronenbombe sozusagen an die Stelle von konzentrierten Mitteln konventioneller Kriegführung treten, und in diesem operativen Sinne steht ihre allfällige Einführung für die Nato-Länder zur Diskussion. Die «Bombe» verdient diese Bezeichnung nur so ungefähr und ist nicht das, was man normalerweise mit diesem Begriff assoziiert. Es handelt sich um einen Sprengkopf, den man auf Artilleriegeschosse montieren kann. Hauptträger wäre die Mittelstreckenrakete «Lance» mit einer Reichweite von 1000 km.

Die Frage in diesem Zusammenhang ist, ob dadurch die Auslösung eines Nuklearkrieges wahrscheinlicher wird. Man argumentiert, dass die «atomare Reizschwelle» unweigerlich gesenkt würde. Angenommen, es käme zu Kampfhand-

lungen, bei denen die Nato die Neutronenwaffe gegen vorrückende Sowjettruppen einsetzen würden. Sähe sich da die UdSSR nicht veranlasst, mit ihrem Arsenal an schweren Nuklearwaffen zurückzuschlagen? Würde die Neutronenbombe, während die heutigen Nuklearwaffen als gegenseitige Abschreckung wirken, nicht geradezu eine Einladung zu einem allgemeinen Atomkrieg darstellen?

. . . oder Abschreckung?

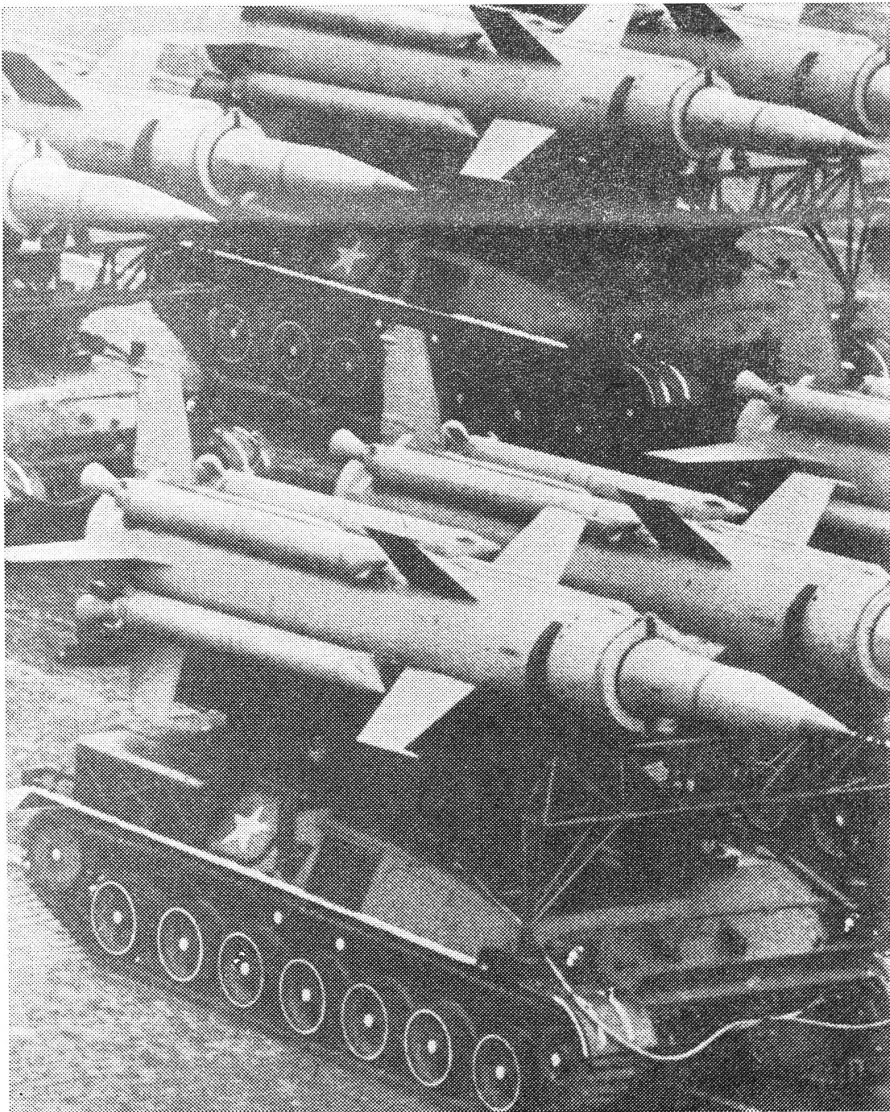
Die Ueberlegung ist soweit plausibel, aber sie setzt gewissermassen zu spät ein. Denn vor der Explosion einer Neutronenbombe bei bereits ausgebrochenen Kriegshandlungen käme ihr blosses Vorhandensein, ihre Bereitstellung bei den Nato-Truppen. Und das setzt die Reizschwelle für die Kriegsauslösung überhaupt hinauf. Insofern als die Eskalation zum Atomkrieg erst einmal durch den Kriegsausbruch provoziert wird, erleichtert die Neutronenbombe den ersten Schritt zur allgemeinen nuklearen Auseinandersetzung nicht, sondern erschwert ihn.

Nehmen wir an, die Sowjets suchten ihren Eventualplan zu verwirklichen (über den der abgesprungene tschechoslowakische General Sejna berichtet hat), über Oesterreich nach Jugoslawien einzumarschieren, oder nehmen wir an, sie würden vorsorglich norwegische Inseln oder Küstenstriche besetzen, um der aggressiven Drohung dieses Landes einen Riegel zu schieben: solche «beschränkte» militärische Aktionen könnten Auftakt zu einem Krieg sein, an dessen Ende die Nuklearkatastrophe stünde. Veranlasst durch die sowjetische Ueberlegung, die konventionellen Mittel des Gegners seien nicht zu fürchten, und einen Atomkrieg werde er deswegen schon nicht riskieren. Wenn die Sowjets aber die Neutronenwaffe in den Händen des Gegners wissen, werden sie es sich nochmals überlegen, die politische Salamtaktik auf das militärische Gebiet zu übertragen. (Möglicherweise führt sie die politische Salamtaktik ohnehin zum Ziel, aber dann hätte die Neutronenbombe ja auch keinen Schaden angerichtet. Hingegen vermindert ihr Vorhandensein die politischen Erpressungsmöglichkeiten.)

Es kommt also darauf an, ob man die atomare Eskalationsgefahr erst vom allfälligen Einsatz der Neutronenbombe an misst oder schon von ihrer Einsatzbereitschaft an.

Uebrigens ist selbst beim Einsatz der Neutronenbombe in einem militärischen Konflikt die Ausweitung zum allgemeinen Atomkrieg nur möglich, aber nicht zwingend. Denn der grosse Sprung liegt nicht zwischen dem Einsatz konventioneller Kampfmittel und dem Abschuss einer Neutronenbombe auf dem Gefechtsfeld, sondern zwischen diesem Mittel von fast nur gesteigerter konventioneller Kriegführung und dem allgemeinen Vernichtungskrieg mit seinen mörderischen und selbstmörderischen Auswirkungen.

Für die Öffentlichkeit mag das Reizwort «Atomwaffe» die entscheidende Grenzlinie markieren; die Machthaber werden in ihrem eigenen Interesse mehr auf die Unterschiede in der Sache als in der Benennung achten. Sogar auf dem Schlachtfeld könnte die Neutronenbombe noch als Schuss vor den Bug wirken und eine Kriegsausweitung mit fatalen Folgen geradezu stoppen. Wie gesagt, sicher ist das nicht. Besser ist es, gar nicht erst in die Kriegssituation zu kommen. Und dazu kann die Neutronenbombe ihren Beitrag



Würde es auch den weltweit organisierten Protest gegen die Neutronenbombe geben, wenn sie zur Montage auf diese Träger (sowjetische Mittelstreckenraketen) vorgesehen wären?

(Fortsetzung auf Seite 10)

Was lässt sich zu den allgemeinen Fragen sagen, welche die «enhanced radiation weapons» aufwerfen? Die im Sommer 1977 aufgelebte — selten sachlich geführte — Diskussion hat, neben allerhand technischen Spekulationen, insbesondere zwei Fragen in den Vordergrund gerückt: die moralische Frage und den Einfluss solcher Gefechtsfeldwaffen auf die Möglichkeit der Begrenzung eines Nuklearkrieges. Verschiedene Leute, die mit dem logischen Denken Mühe haben, haben sich furchtbar über eine Waffe aufgeregt, die «nur» Menschen töte. Mit der für gewisse Entspannungspolitiker bezeichnenden Neigung zu gefühlbetonten, dafür um so weniger vom Verstand beeinflussten Urteilen sprach der westdeutsche Politiker Egon Bahr von einer «Perversion des Denkens». Ähnlich töricht hat man sich natürlich auch hierzulande vernehmen lassen.

Dazu ist nun festzuhalten, dass das Ziel der Bestrebungen, die zu solchen Waffen führen können, darin liegt, die Wirkung der Waffe auf das militärisch Erforderliche zu beschränken. Die Waffe soll zielgenau sein, was beispielsweise durch Einsatzmittel wie die Kurzstreckenlenkungen «Lance», die vorliegen, erreicht wird; ihr Wirkungsbereich von einigen hundert Metern oder etwas mehr als

Die Unmoral

einem Kilometer; mechanischer Druck und Hitzewirkung sollen möglichst klein, ja praktisch unerheblich sein, so dass weder Wälder noch Ortschaften in Brand gesteckt und in Trümmer gelegt werden; und schliesslich soll die radioaktive Verstrahlung, der sogenannte «Fall out», weitgehend vermieden werden. Damit ergibt sich eine Nuklearwaffe, die Truppen, insbesondere Panzerverbände, ausschaltet, ohne die Umgebung — das heisst auch Dörfer und sonstige Siedlungen, also die Zivilbevölkerung — zu verstrahlen, in Schutt und Asche zu legen.

Von Perversion könnte man vielleicht sprechen, wenn es noch keine Nuklearwaffen gäbe, wenn chemische Kampfstoffe ein blosses Hirngespinnst wären. Nun gibt es aber — allein was die «Theatre Nuclear Weapons» angeht — im Westen Europas um die 6000 Nuklearsprengkörper, im östlichen Teil angeblich etwa 3500. Ein wesentlicher Teil dieser heute vorhandenen, einsatzbereiten Ladungen weisen relativ grosse Sprengkraft auf, 20 Kilotonnen oder gar 100 Kilotonnen. 20 Kilotonnen, das war ungefähr das Kaliber der Hiroshima-Bombe. Setzte man in einem bewaffneten Konflikt in Europa diese Waffen in grösserem Umfang ein, so würde die Bevölkerung unfehlbar schwer in Mitleidenschaft gezogen. Was ist jetzt eigentlich perverser, möchte man Bahr und andere fragen? (...)

Der grössere Teil der auf weit mehr als 50 Millionen Menschen geschätzten Opfer des Zweiten Weltkrieges geht auf Entbehrung und Krankheit zurück. Wer gegen die «Neutronenbombe» aus humanitären Gründen — oder mit humanitären Vorwänden? — Protest einlegt, hätte weit mehr Grund, gegen die Masse chemischer Kampfstoffe aufzubegehren, die bei den Sowjets bereitstehen, und verglichen mit denen sich die chemischen Waffen des Ersten Weltkrieges wie die Armbrust zum Maschinengewehr verhalten!

Dominique Brunner im «Bund», Bern, 13. 10. 1977

Neutronenbombe

(Fortsetzung von Seite 3)

leisten. Vorausgesetzt, dass sie eingeführt wird. Sie macht die Abschreckung dort glaubhaft, wo konventionelle Waffen zu wenig wären und herkömmliche A+H-Waffen zu viel. An der Einreisstelle also.

In bestimmter Hinsicht schafft die Neutronenbombe in westlichen Händen kein Ungleichgewicht, sondern stellt vielmehr ein abhandenes Gleichgewicht wieder her oder tendiert wenigstens dahin. Das Sowjetlager hat ein gewaltiges Übergewicht an Streitkräften und konventioneller Bewaffnung: Einsatzmittel für den «Tag X» und Druckmittel für jeden Tag. Die Neutronenwaffe ist etwas, was sich dem entgegenstellen kann, nicht ganz auf gleicher Ebene, aber annähernd.

Moskau rühmt seine Organisation der weltweiten Anti-Kampagne

Was hier evident wird, das ist das Interesse der Sowjetunion, ihrer affilierten Organisationen und ihrer freiwillig oder auch bloss fahrlässig zugewandten Kreise, die Produktion und Einführung der Neutronenbombe im Gegenlager zu verhindern.

Die sowjetische Abscheu vor der neuen Waffe wird sehr rasch abklingen, wenn sie sie erst einmal hat. Und im Unterschied zu den Nato-Ländern wird sie sich dann über ihre Einführung bei den eigenen Streitkräften kein Gewissen machen.

Wie ist es denn mit der sowjetischen Abscheu vor der Atomwaffe ergangen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete die UdSSR eine weltweite Kampagne gegen Kernwaffen. Ihre damals entstehenden «internationalen demokratischen Organisationen» (die Frontorganisationen) wandten sich mit unzähligen Aufrufen an die «demokratische Weltöffentlichkeit». Sie verlangten ein Kernwaffenverbot samt Vernichtung der vorhandenen Bestände. Der Stockholmer Weltfriedenskongress von 1949 be-

schloss eine weltweite Unterschriftensammlung für den Frieden und gegen die atomare Rüstung. Damals hatten die Sowjets noch keine eigene Kernwaffe. Dann gelang es ihnen auf Spionageweg, sie ihrerseits zu produzieren, und auf einmal war die Atombombe gut, wenn sie sich bloss in den Händen des Friedenslagers befand. Dem Ehepaar Rosenberg, das die Unterlagen zum bis anhin gebrandmarkten Massenmordinstrument den Sowjets zugespielt hatte, sind heute in fast allen grösseren Städten Osteuropas Strassen und Plätze gewidmet. Auch alle die «internationalen Organisationen» hörten auf, die Atombombe zu verurteilen; sie sollte bloss nicht den westlichen Imperialisten zur Verfügung stehen. Und insgesamt nahm die Anti-Atomkampagne auch im Westen merklich ab, selbst unter jenen, die sich keinesfalls als fellow travellers verstanden; aber eben: es fehlte der Motor.

Die heutige Kampagne gegen die Neutronenbombe ist noch umfassender als die Kampagne gegen die Atombombe vor dreissig Jahren. Sie begann gleich nach der Veröffentlichung der ersten Berichte über die neue Waffe in den USA, und sie geht mit zunehmender Intensität weiter.

Dabei nimmt die Sowjetunion selber in Anspruch, dass die führenden Kräfte in der Protestbewegung von ihren Sympathisanten gebildet werden.

In der «Prawda» vom 25. Januar 1978 hiess es:

«Seit einigen Monaten ist die Menschheit in Gefahr, weil die Militärs der USA und der Nato eine neue, barbarische Waffe, die Neutronenbombe, produzieren wollen. (...) Dies erklärte Genosse Breschnew dem «Prawda»-Korrespondenten:

«Wenn diese Bombe im Westen hergestellt wird — hergestellt gegen uns, was niemand verheimlicht —, so soll man sich darüber im klaren sein, dass die Sowjetunion nicht passiv zuschauen wird. Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, dieser Herausforderung eine klare Antwort zu geben. (...)»

Täglich treffen aus den verschiedensten Ländern Mitteilungen über die zunehmende Protestwelle gegen die menschenhassenden Pläne der Imperialisten ein. In der Avantgarde des Kampfes stehen

China: «Lächerlich»

Die Pekinger Nachrichtenagentur Hsinhua hat der Sowjetunion vorgeworfen, sie betreibe hinter einem «Rauchschleier» der Entspannung eine gigantische Waffenexpansion. Demgegenüber stelle Washingtons Plan für die Herstellung von Neutronenbomben nur eine Antwort auf die sowjetische Rüstung dar.

Die Kremelführer hätten betont, dass die Sowjetunion gegen die Einführung der Neutronenbombe sei, weil es sich bei dieser Bombe um eine grausame Waffe handle. Nun tauche aber die Frage auf, ob die anderen Atomwaffen, die die beiden Supermächte mit allen Mitteln verbesserten und modernisierten, zivilisiertere Bombe seien. «Das Ziel des mörderischen Atomwettrennens zwischen ihnen ist nicht nach zivilisierteren und weniger gnadenlosen Waffen zu suchen, sondern die raffiniertesten Massenvernichtungswaffen zu besitzeln.» In Wirklichkeit gebe es in den sowjeti-

schen Arsenalen so viele grausame Waffen, die die Sowjetunion selber als «Berge von Waffen» beschreibe.

Als geradezu «lächerlich» wird die Erklärung der Moskauer «Neuen Zeit» zurückgewiesen, wonach die Sowjetunion angeblich nicht beabsichtige, einen Wettstreit mit irgendeinem Staat um die Erfindung grausamer Waffen einzugehen. Das sei ein plumpes und trügerisches Gerede. «In Wirklichkeit geht die Sowjetunion mit Volldampf in das Wettrennen mit der anderen Supermacht um grausame Kampfwaffen.»

Moskau besitze die Stirn zu der Behauptung, heisst es weiter, es beabsichtige keinen Wettstreit. Tatsächlich gebärde es sich wie wild beim Wettrennen. Es gebe nur einen Ausweg, nämlich das totale Verbot aller Atomwaffen. Sonst sei es trügerisch und sinnlos darüber zu reden, welche Atomwaffe grausamer sei. Der Wettstreit zwischen den USA und der Sowjetunion werde niemals von seinem Ernst verlieren, sondern an Schärfe noch zunehmen.

die fortschrittlichen Kräfte der Welt. Eine wichtige mobilisierende Rolle spielte dabei der Aufruf der 28 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, der USA und Kanadas gegen die Produktion dieses barbarischen Mittels zur Vernichtung der Menschheit. Auf Initiative des Weltfriedensrates veranstaltete man in vielen Ländern eine internationale Woche für Aktionen gegen die Neutronenbombe. (...) In den westeuropäischen Ländern, in den USA und Kanada sind Initiativgruppen und Organisationen gegen die Neutronenbombe tätig. Sie leiten die Massenbewegung gegen die gefährliche Waffe des Pentagon. Allein in einem kleinen Land wie Holland sind schon 700 000 Unterschriften gegen die Neutronenbombe gesammelt worden. (...)»

Der Weltfriedensrat hat dem UNO-Generalsekretariat am 31. Januar eine Deklaration gegen die Neutronenbombe überreicht. Das Traktandum soll in einer Sondersession der UNO-Generalversammlung im Mai/Juni behandelt werden. Die WFR-Präsidialsitzung fand übrigens vom 25. bis 28. Januar in Washington statt. Wann wird eine ähnliche Organisation ihre Vorstandssitzung in Moskau abhalten, dort einen Beschluss gegen die UdSSR fällen, diesen dort veröffentlichen und propagieren?

Die von Moskau gelenkte Kampagne läuft also auf vollen Touren. Natürlich ist man nicht notwendigerweise auf sie angewiesen, wenn man gegen die Neutronenbombe protestieren will. Aber könnte man so etwas auch ohne Moskau organisieren? *Christian Brügger*

Wider den Totalitarismus in seinen beiden Gestalten

Zum 75. Geburtstag des ehemaligen ungarischen Parlamentspräsidenten Bela Varga

Einer der charakterfesten Politiker Ungarns in den dreissiger und vierziger Jahren, der katholische Pfarrer von Balatonboglar, Bela Varga, feierte am 18. Februar im Exil seinen 75. Geburtstag.

Bela Varga war Mitglied der Kleinlandwirtpartei Ungarns, die zweimal aufgelöst wurde: erst von den Nazis und dann von den Kommunisten. Vargas Leben war mit dieser Partei verbunden, und die schicksalhaften Aenderungen in der Geschichte dieser demokratischen Agrarpartei Osteuropas bestimmte auch die Karriere von Varga.

Im Mai 1939 wurde Varga ins ungarische Parlament gewählt. Er behielt aber auch seine Pfarrei in Balatonboglar, von wo aus er die grösste Hilfsaktion für die polnischen Flüchtlinge in Ungarn organisierte. Etwa 140 000 Flüchtlinge strömten damals nach Ungarn, nachdem Polen im September 1939 von Hitlerdeutschland und der Sowjetunion überfallen und geteilt worden war. Varga errichtete in Balatonboglar ein Gymnasium für die polnischen Flüchtlinge, nach dem Fall Frankreichs das einzige seiner Art in Europa. Er sammelte das Geld für dieses Gymnasium und sorgte auch für die Unterstützung polnischer Studenten, die ihre Studien hauptsächlich an der Budapester Universität fortsetzten.

Da er auf dem Lande lebte, konnte er die deutsche Besetzung überleben, und nach dem Krieg wurde er Präsident der im Herbst 1945 gewählten Nationalversammlung, in der seine Partei mit

59 Prozent der Mandate vertreten war. In dieser Eigenschaft wurde er Mitglied des dreiköpfigen ungarischen Nationalrates, der die Kompetenzen des Staatsoberhauptes ausübte, bis am 1. Februar 1946 Zoltan Tildy — ein reformierter Pfarrer — zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Varga unterstützte die demokratischen Bewegungen in Ungarn und protestierte gegen die Verletzung der Immunität der Abgeordneten seiner Partei. Besonders setzte er sich für seinen Kollegen Bela Kovacs ein, der von der in Ungarn tätigen sowjetischen Polizei willkürlich verhaftet, in die Sowjetunion deportiert und dort (von einem sowjetischen Sondergericht!) verurteilt wurde.

Die Folge seines Einsatzes gegen die Willkürhandlungen der Sowjets war, dass Varga im Mai 1947 das Land verlassen musste. Seitdem lebt er in den USA und arbeitet für den Sieg der Demokratie in Osteuropa. Dem Kämpfer gegen den Faschismus in allen seinen Formen wünschen wir alles Gute. *L. R.*

In Kürze

Millionen von Arbeitstagen gehen jedes Jahr in der Sowjetunion verloren wegen verspäteter Ankunft zur Arbeit, grundloser Abwesenheit und schlechter Disziplin am Arbeitsplatz. Diese Zeitvergeudung kommt den Staat teuer zu stehen.

Eine einzige Minute verlorener Arbeitszeit pro Arbeitnehmer entspricht 200 000 Arbeitstagen, hatte Breschnew errechnen lassen. Die hohe Zahl rechtfertigte eine Nachprüfung. Denn, in die Produktion umgesetzt, bedeutet das 1000 verlorene Tonnen Oel, 300 Tonnen Stahl und mehr als 2 Millionen Kilowattstunden an Energie.

In der Bauindustrie geht ein Drittel der Arbeitszeit durch Warten und durch Suchen der Werkzeuge, durch den verspäteten Transport, durch Fehler in den Zeichnungen und andere Mängel in der Organisation verloren, enthüllte die «Komsomolskaja Prawda». Und diese Verluste, die enorme Kosten für Staat und Gesellschaft mit sich bringen, «verschwinden» irgendwie in der Statistik, die sich bloss mit Zeitverlusten von mehr als je 30 Minuten befasst. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

à propos Mensch

«Beiliegend die Aussagen zweier Sowjetbürgerinnen, die mit ihren Kindern in Leningrader Spitälern waren. Fakten wie die von ihnen beschriebenen habe ich selber in den Kinderspitälern von Kiseljowsk (Gebiet Kemerowo) und in Tschernigow beobachten können.

Es kommt vor, und nicht selten, dass Frauen sich von ihren neugeborenen Kindern lossagen. Solche Kinder nennt man «Abgelehnte»; sie kommen aus den Entbindungsanstalten in Kinderspitälern, wo sie auch aufwachsen. Das medizinische Personal der Spitälern, durch dienstliche Pflichten extrem überlastet und durch den mühsamen Alltag jeder Nächstenliebe beraubt, behandelt diese Kinder besonders mitleidlos.»

Frau E. Iljina beschreibt dann, wie sich nur Mütter anderer Patientlein um so ein verschupftes Wesen kümmern. Herzbrechend. «Solche unglücklichen Kinder gibt's viele über die Spitälern der UdSSR verteilt.» (*Possev*, Nr. 2/1978)

Und danach berichten zwei sowjetische Mütter, was sie an regulären Missständen in Kinderspitälern erlebt haben, und das nicht in der zentralasiatischen Provinz, sondern in Leningrad. Herzbrechend.

Ich behaupte, nein, ich stelle fest: Dass Kinder über die krankheitsbedingten Schmerzen hinaus zu leiden haben, dafür ist das System verantwortlich.

«Unsere Beschwerden [über nachlässige, lieblose Schwestern] an die Aerzte halfen nichts, diese nahmen Partei für die Schwestern und Sanitärerinnen, erklärten deren Grobheit und Fahrlässigkeit damit, dass eben niemand arbeiten gehe für ein so niedriges Salär. Sollen sie sich aufführen, wie sie wollen — wenn sie nur zur Arbeit erscheinen. Das ist das Gesetz des Krankenhauses. Die Arbeit ist streng, die Bezahlung gering, es fehlt an Arbeitskräften, und wer darunter leidet, sind die Kinder», sagt eine der Mütter.

Was soll da der Agitprop über *Humanismus*, gepachtet vom sozialistischen Staat? Bekanntlich hat der soi-disant *Sozialstaat* das Monopol als Arbeitgeber. Ich habe das ungläubige Kopfschütteln eines Ex-Sowjetbürgers gesehen, der erstmals von einer hiesigen Krankenschwester mit eigenem VW hörte. Die (nachlässigen, lieblosen) Aerzte — zumeist Frauen — verdienen bei 1-Schicht-Arbeit etwa 30% mehr als die Schwestern...

Wehmütig denkt man etwa an die Duisburger Kindernothilfe, die anderswo in der Welt mit Patenschaften Not lindert, «Lebens-Plätze» schafft: Dürften die «abgelehnten» Kindlein doch so betreut werden!

Nichts da: Philanthropie jeder Art ist verboten (sogar *inländische* wie der Solschenizyn-Fonds und Christenhilfe für Mitchristen). Denn *Staat und Partei tun selbst das Maximum*. Siehe oben. Wie Iwan Karamasow sagte: Ein Paradies, das auch nur für ein einziges Kind Leiden bedingt, ist keines. *HTD*